

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 23/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 18.02.2021,
als GoTo-Meeting-Videokonferenz, von 19:00 bis 21:45 Uhr

Anwesend:

Merle Andersen	Melanie Morawietz	Wolfgang Schnecking
Tuğba Böhrnsen	Ingo Mose (bis 21:40 Uhr)	Ramona Seeger
Horst Kempe	Janne Müller	Renee Wagner
Anke Maurer	Jens Oppermann	Annette Yildirim
Bithja Menzel	Johannes Osterkamp	
Robert Mero	Britta Schmidt	

fehlend: Wolfgang Meyer, Manuel Warrlich

Gäste: Herr Nordhausen (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS, zu TOP 3); Herr Sassmannshausen, Herr Nolte (Antragssteller, beide zu TOP 4); Vertreter:innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die TOP 4.b „Weitere Beschlussvorschläge aus dem Beirat zur Dete“ und 8 „Beschlussfassung zum Stadtteilbudget Verkehr“ zu streichen, da keine Anträge vorliegen.

Zusätzlich wird beantragt, dass TOP 5 „Bürgerantrag zu Räumen für queere Geflüchtete“ und 6 „Beschlussfassung über Antrag „Kulturrevival in der Neustadt“ vertagt und in die jeweils zuständigen Ausschüsse verwiesen werden. Dieser Antrag wird abgelehnt (5 Ja-, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen (Streichung TOP 4.b und 8) genehmigt. (11 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

Ein Bürger erkundigt sich nach seinem Antrag zur Vermüllung am Bunker in der Kornstraße.

Einige Beiratsmitglieder bestätigen die zunehmende Vermüllung und sichern eine Auseinandersetzung mit der Thematik zu. Um schnelle Abhilfe zu schaffen empfehlen sie jedoch den [direkten Weg über die Bremer Stadtreinigung](#). Eine strukturelle Verbesserung würde längere Zeit beanspruchen. Die Polizei sichert eine Überprüfung der Örtlichkeit zu und wird Kontakt zum Bürger aufnehmen.

Eine weitere Rückfrage an die Polizei bezieht sich auf den südlichen Teil der Kornstraße. Dort vermuten viele Bürger:innen eine verstärkte Ansiedelung von organisierter Kriminalität (u.a. Drogenhandel, illegales Glückspiel), die auch bereits zu offenen Auseinandersetzungen geführt habe.

Der Vertreter der Polizei erläutert, dass es verständlich sei, dass gerade die größeren Vorfälle für Besorgnis in der Bevölkerung gesorgt hätten, aus polizeilicher Sicht jedoch kein Anstieg der Bedrohung feststellbar ist. Die Polizei ist sensibilisiert und führt regelmäßige Ansprachen und Kontrollen durch.

Ein Bürger bemängelt, dass Überwege für Fußgänger:innen in Nebenstraßen oft nicht vom Schnee befreit würden. Dies erschwere die Querung für mobilitätseingeschränkte Personen sehr.

Ein Beiratsmitglied greift diesen Punkt auf und äußert Verwunderung über die mangelnde Schneeräumung im Fahrradmodellquartier. Dieses sei für Radfahrende zeitweise nicht befahrbar gewesen.

Abschließend werden noch einige Fragen zum Thema „Kontrolle von Verkehrsverstößen“ (von Rad- und Autofahrenden; insbesondere an der Wilhelm-Kaisen-Brücke) in Richtung der Polizei gestellt.

Der Vertreter der Polizei äußert sein Bedauern darüber, dass die Kontrollen nicht in gewohnter Regelmäßigkeit stattfinden können. Dies würde an der anhaltenden Corona-Lage liegen, die den Einsatz in anderen Bereich (u.a. Kontrolle der Einhaltung der Corona-Verordnungen) nötig mache.

- **Berichte der Beiratssprecher**

Der Beiratssprecher berichtet, dass ab dem 15.03.21 Gleisersatzbaumaßnahmen in der Osterstraße stattfinden. Im Zuge dessen kann die Haltestelle „Am Neuen Markt“ nicht mehr angefahren werden. Es kommt zu Umleitungen der Linien 6, 8, 24 und N3. Der Beirat hat sich sehr für eine Minimierung der Auswirkungen auf den Fahrplan und insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen eingesetzt. Der Austausch mit der BSAG lief sehr gut, aber leider konnte keine deutliche Verbesserung erzielt werden. Er rät dringend, sich rechtzeitig vor Fahrtantritt bei der [BSAG zu informieren](#).

Weiter berichtet er, dass erneut Pflanzen aus dem Rosenbeet am Leibnizplatz gestohlen wurden. Er spricht der dort tätigen Initiative von Ehrenamtlichen Mut zu und unterstreicht die anhaltende Unterstützung des Beirates für dieses Projekt.

Der stellvertretende Beiratssprecher berichtet von einem Treffen mit dem Martinsclub. Er spricht sich dafür aus, dass sich der Beirat verstärkt für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einsetzen und die gefassten Beschlüsse dahingehend überprüfen sollte.

- **Berichte des Amtes**

Im Rahmen der Maßnahmen zu Verbesserung der Standsicherheit des Deiches an der Piepe ([vorge stellt am 21.09.20](#)) mussten zwei Bäume (Götterbaum und Weide) gefällt werden.

Bericht von der [heutigen Sitzung der Deputation für Inneres](#) und der dort befassten Genehmigung eines Bordellbetriebs in der Bürgermeister-Smidt-Straße. Im Zuge der Befassung wurde auch die Genehmigung des Bordells „Eros 69“ an der Duckwitzstraße in Frage gestellt – der Beirat wird sich damit ebenfalls kurzfristig befassen. (Anmerkung: dazu Beiratsbeschluss [vom 25.02.](#))

TOP 3. Aufhebung des Sanierungs-Ortsgesetzes Hohentor/Alte Neustadt

Die Vorsitzende erläutert, dass es sich bei der Sanierung/Stadterneuerung des Gebietes Hohentor/Alte Neustadt um ein langjähriges Projekt handelt, das stets vom Beirat begleitet wurde. Sie verweist unter anderem auf eine [Broschüre zum Zwischenstand aus 2012](#).

Der Vertreter von SKUMS stellt das Projekt anhand einer [Präsentation](#) vor und bedankt sich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit mit dem Beirat. Obwohl nicht alle Teilprojekte umgesetzt werden konnten, ist die Maßnahme aus Sicht der SKUMS zu einem erfolgreichen Ende gekommen. Als letztes Puzzlestück nennt er die [Umgestaltung des Platzes um den Neustadtsbahnhof](#).

Einige langjährige Beiratsmitglieder bestätigen den Eindruck von SKUMS und heben die gute Zusammenarbeit hervor. Die Sanierung wird als Erfolg wahrgenommen, auch wenn einige Fragestellungen den Beirat weiter begleiten werden.

Beschluss: Der Beirat stimmt der Aufhebung des Sanierungs-Ortsgesetzes zu. (14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 4. (Fortsetzung aus Beirat 21.01.21 zur „Dete“-Besetzung)

a. Beschlussfassung zu FLINTA-Raum

Nach kurzer Diskussion wird deutlich, dass keine fraktionsübergreifende Einigung über die Formulierung eines gemeinsamen Antrages erzielt werden kann, obwohl große Einigkeit darüber herrscht, dass ein Raum für FLINTA-Personen geschaffen werden soll.

Der [Antrag der SPD](#) wird abgelehnt. (5 Ja-, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Beschluss: Die Besetzung des Gebäudes der ehemaligen DETE hat darauf aufmerksam gemacht, dass in der Stadt Bremen ein (physischer) Raum für FLINTA-Personen fehlt.

Der Beirat Neustadt begrüßt, dass der Eigentümer der Immobilie ehem. DETE, das Unternehmen Müller & Bremermann, seine Strafanzeige gegen die Besetzung zurückgezogen hat und ein Angebot zur Zwischennutzung gemacht hat.

Der Beirat unterstützt die derzeit laufenden Verhandlungen mit derzeitigen Nutzer:innen über die Schaffung des geforderten FLINTA-Raumes. Der Beirat erkennt die Notwendigkeit eines solchen Raumes in der Stadt Bremen an und unterstützt diese Forderung ausdrücklich.

Der Beirat begrüßt, dass die Besetzung friedlich aufgelöst wurde.

Der Beirat begrüßt, dass die derzeitigen Nutzer:innen des Gebäudes DETE das Außengelände hergerichtet haben. Der Beirat wünscht sich einen Austausch zwischen Nachbar:innen und den derzeitigen Nutzer:innen. Er bietet an, hierfür ein Forum zu schaffen.

Der Beirat Neustadt geht davon aus, dass aufgrund des baulichen Zustands keine langfristige Möglichkeit zur Nutzung der ehemaligen DETE besteht. Er fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau daher auf, kurzfristig die Suche nach Alternativen zu unterstützen, die für eine längerfristige oder dauerhafte Nutzung geeignet sind. Dabei ist sorgfältig zu prüfen, mit welchen Initiativen und Unternehmen Nutzungsverträge geschlossen werden können. Der Beirat Neustadt hätte sich gewünscht, rechtzeitig und umfassend von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau über ihr Vorgehen im Zusammenhang mit der Besetzung der DETE informiert zu werden.

Der Beirat Neustadt fordert von den zuständigen Stellen über den aktuellen Stand der Verhandlungen laufend und zeitnah informiert zu werden.

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und die Initiative in der DETE auf, das ausgehandelte Nutzungskonzept für die DETE nach Abschluss der Verhandlungen unverzüglich im Beirat vorzustellen. (8 Ja-, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

b. Beschlussfassung zu Bürgerantrag wg. „Dete“-Besetzung

Herr Sassmannshausen betrachtet seinen Bürgerantrag als erledigt, da seine Punkte in den Beschluss zum FLINTA-Raum eingeflossen sind.

Als Anwohner der „Dete“ möchte er jedoch erneut klarstellen, dass sich die Klage der Anwohner:innen nie gegen eine Nutzung als Wohnraum gerichtet habe. Es sei lediglich um die Ausmaße des geplanten Gebäudes gegangen. Dies werde in der Presse oft falsch dargestellt.

Der Beirat kann diese Einbringung gut nachvollziehen, da seine Position ebenfalls bereits falsch dargestellt worden sei. Auch der Beirat hat sich nie gegen eine Wohnbebauung ausgesprochen.

Im Bürgerantrag von Herrn Nolte geht es im Kern um die Frage, ob der ursprüngliche Vorgang der Hausbesetzung den Tatbestand des schweren Hausfriedensbruchs erfüllt. Seiner Auffassung nach müsse der Beirat beim Senat oder der Polizei nachhaken, um Rechtssicherheit herzustellen. Weiterhin sei es wichtig, dass keine demokratiefeindlichen Gruppen durch Steuergelder gefördert würden.

Ein Vertreter der Polizei klärt zur Sache auf, dass alle strafrechtlich relevanten Vorgänge geprüft wurden und auch im Nachgang zur Hausbesetzung ein ständiger Kontakt mit den Besetzer:innen gepflegt wurde, um die Lage einschätzen zu können. Es bestehe kein konkreter Anlass zur Strafverfolgung.

Der Beirat bedankt sich für die Klarstellung der Polizei und ergänzt, dass nach einer Verstetigung der Situation eine Vorstellung der Gruppe/des Vereins im Beirat erfolgen solle. Spätestens im Zuge einer möglichen Projektmittelbeantragung würde genau geprüft, ob es demokratiefeindliche Bestrebungen aus der Gruppe gäbe.

Durch den unter 4a gefassten Beschluss und die ausführliche Darstellung der Polizei, betrachtet der Beirat den Antrag als erledigt, so dass keine weitere Beschlussfassung nötig ist.

TOP 5. Bürgerantrag zu Räumen für queere Geflüchtete

Nach kurzer Diskussion wird beantragt, das Thema in den Ausschuss Soziales, Bildung, Jugend zu verweisen. Dazu soll kurzfristig eine öffentliche Sitzung anberaumt werden, zu der Vertreter:innen des [Rat&Tat Zentrums](#) und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Intergration und Sport eingeladen werden sollen. Dieser Antrag zum Verfahren wird angenommen (10 Ja-, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 6. Beschlussfassung über Antrag „Kulturrevival in der Neustadt“

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der Wichtigkeit des Themas wird vereinbart, dass dazu kurzfristig eine Sitzung des Ausschusses Kultur, Arbeit, Wirtschaft stattfinden soll.

Die Stadtteilmanagerin lädt die Beiratsmitglieder ein, ebenfalls an dem [Netzwerktreffen am 25.02.2021](#) teilzunehmen.

TOP 7. Beschlussfassung zu Haushaltsanträgen ./.

TOP 8. Verschiedenes ./.

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung